

Recht

Ärztliche Schweigepflicht:
Bedeutung für das gesamte Praxisteam 42

Auflösung einer Gemeinschaftspraxis:
Wer darf welche Mitarbeiterin mitnehmen? 43

Spektrum



Internationale Dental-Schau in Köln:
Prognosen überraschend optimistisch 44

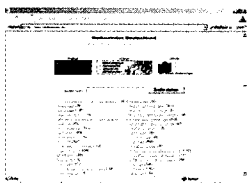
Kultur



Troja - Mythos und Wirklichkeit:
Große Landesausstellung in Baden-Württemberg 52

Traumlandschaften:
Henri Rousseau in Tübingen 53

Internet



Surftipps für Anfänger und Fortgeschrittene:
Suchkataloge und medizinische Datenbanken 54

Rubriken

Editorial	3	Personalia	58
Termine	33	Ämtliche Mitteilungen	60
Namen und Nachrichten	55	Impressum	61

...nach Redaktionsschluss

... erhärtet sich die Vermutung, dass der Gesetzgeber im Jahre 2000 stärker als notwendig an der ärztlichen und zahnärztlichen Behandlung der Bürgerinnen und Bürger und somit auch an den Honoraren für Ärzte und Zahnärzte gespart hat. Um den Beitragsatz stabil zu halten, hätte man die sektoralen Budgets um 1,69 Prozent erhöhen können. Um diesen Wert stieg real die Grundlohnsumme in 2000. Stattdessen kam die retrospektiv ermittelte Rate von 1,43 Prozent Honorarzuwachs zur Anwendung, attestiert der Mannheimer Professor Eberhard Wille in einem Gutachten, in dem die Festlegung der Grundlohnsummensteigerung durch das BMG auf ihre Richtigkeit hin überprüft worden ist. Willes Prognose für die Zukunft: Werden die Differenzen zwischen vorgegebenen und tatsächlichen Steigerungsraten nicht ausgeglichen, „bleibt der Zuwachs der sektoralen Budgets hinter jenem Vergütungsvolumen zurück, welches die Wahrung der Beitragsstabilität sicherstellt.“ Der gesundheitspolitische Info-Dienst „dfg“, der bereits erste Ergebnisse des Gutachtens veröffentlichte, formulierte es drastischer: „Ärzte und Zahnärzte tragen zur Wahrung der Beitragssätze durch gesetzgeberisch vorgegebenen Honorarverzicht bei.“ Das Problem bleibt weiterhin hoch aktuell: Die vom Bundesministerium für Gesundheit festgelegte Steigerung der Grundlohnsumme für das Jahr 2001 liegt bei 1,63 Prozent - erwartet werden jedoch unabhängigen Prognosen zufolge annähernd zwei Prozent. *gr*

Nähere Informationen zur Grundlohnproblematik und zu Lösungsvorschlägen folgen in der Juni Ausgabe des ZBW 06/2001.